

Call for Papers

Die digitalisierte Demokratie – Politik und Kommunikation zwischen Daten, Netzwerken und Algorithmen

Gemeinsame Jahrestagung 2019 des Arbeitskreises „Politik und Kommunikation“ der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW), der Fachgruppe „Kommunikation und Politik“ der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPK) und der Fachgruppe „Politische Kommunikation“ der Schweizerischen Gesellschaft für Kommunikations- und Medienwissenschaft (SGKM).

Termin: 7.-9.2.2019

Ort: NRW School of Governance,
Universität Duisburg-Essen
Lotharstraße 53, 47057 Duisburg

Digitalisierung ist das Buzzword der letzten Jahre schlechthin – vor allem im US-Wahlkampf und im Bundestagswahlkampf sorgten digitale Phänomene wie *social bots*, *fake news* und der Facebook-Datenskandal rund um das Unternehmen Cambridge Analytica für Aufsehen. Denn weil die Facebook-Daten anschließend für den Trump-Wahlkampf und direkte Wähleransprache verwendet wurden, ist klargeworden, dass die Möglichkeit des Sammelns, der Aufbereitung und der Weitergabe großer Mengen von Daten die Wahlkampfkommunikation und Fragestellungen in diesem Zusammenhang grundlegend verändert. Daraus entspringt ein Geschäftsmodell zwischen Datenanbietern und politischen Akteuren, die damit zielgerichtet kommunizieren können. Diskussionen um die Macht des Digitalen werden darüber hinaus dominiert von Begriffen wie Algorithmen, *big data* oder *microtargeting*. Was bei den Debatten um derlei Phänomene allerdings oftmals aus dem Blick gerät, ist die Frage nach der Veränderung der Demokratie und ihrer Institutionen. Die demokratietheoretische wie auch empirische Perspektive lenkt den Blick auf Wandel von Repräsentation, Öffentlichkeit und Herrschaft in der digitalisierten Gesellschaft. So rückt beispielsweise der demokratische Staat vermehrt in den Vordergrund, wenn es darum geht, Bürger- und Freiheitsrechte zu sichern und zu garantieren – und dies angesichts einer zunehmenden Verflüssigung nationalstaatlicher Begrenzungen und damit verbundener rechtlicher Einhegung bei zugleich stärkerer Vernetzung von Akteuren, Strukturen und Prozessen aufgrund von Digitalität.

Welchen Herausforderungen müssen sich Demokratien, müssen sich Staaten, in Zukunft angesichts der Digitalisierung stellen? Hängen die Folgen der Digitalisierung vom Systemtypus ab? Treffen also dieselben Herausforderungen auch auf nicht-demokratische, autokratische oder autoritäre Systeme zu? Wie verändert Digitalisierung Öffentlichkeiten, das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit und welche Herausforderungen ergeben sich daraus für die Konstitution von Publika? Wie verändert sich politische Kommunikation? Welchen Herausforderungen, aber auch Chancen begegnen das politische System, seine Institutionen und Akteure durch digitalisierte Kommunikation, Datenflut und Vernetzung?

Die Diskussion solcher und ähnlicher Fragen ist das Thema der Jahrestagung. Hierfür wird ein breites, interdisziplinäres Verständnis von Digitalisierung als der Übersetzung analoger in digitale Übertragungs-, Archivierungs- und Dokumentationswege und die Bereitstellung von onlinebasierten Kommunikations-, Interaktions- und Kollaborationsmitteln zu Grunde gelegt.

Schwerpunkt 1: Der digitale Formenwandel der Demokratie – Theoretische Betrachtungen aus Politik- und Kommunikationswissenschaft

Der Themenschwerpunkt widmet sich den theoretischen Fragestellungen im Zusammenhang mit Digitalisierung sowohl aus einer politik- wie aus einer kommunikationswissenschaftlichen Perspektive. Zentral sind dabei Fragen des Formenwandels von Demokratie, der Veränderung von Staatlichkeit, aber auch Veränderungen von Bürgerschaft und dem Verhältnis des Staates

zu seinen BürgerInnen im digitalen Zeitalter. Daneben sind ebenso Betrachtungen von Relevanz, die sich Digitalität und Digitalisierung als Kenngrößen nähern, die politische Kommunikation sowie Medien- und Kommunikationspolitik wesentlich verändert. Welche Herausforderungen und Chancen entstehen für den Dualismus von Politik und Medien durch die Digitalisierung? Welche medienpolitischen Theorien und Entwürfe gibt es zur Erfassung der neuerlichen Veränderungen und Trends? Können wir von einer digitalen Demokratie sprechen? Welche Merkmale und Kennzeichen gehören dazu?

Schwerpunkt 2: Digitale Öffentlichkeiten

Wie verändern sich öffentliche Kommunikation und öffentliche Interaktionsformen durch Digitalisierung? Gibt es eine Verschmelzung von öffentlichen und privaten Räumen? Wie wirkt sich Kommunikation auf Online-Plattformen wie Facebook oder Twitter auf den analogen Alltag aus, beispielsweise durch Bildung von Netzwerken Gleichgesinnter? Wo fragmentiert sich Öffentlichkeit, wo bilden sich neue Öffentlichkeiten im Internet? Wie werden dadurch Meinungsbildung und das Informationsverhalten der BürgerInnen beeinflusst? Diesen und ähnlichen sowie korrespondierenden Fragen soll der Themenblock nachspüren, der in erster Linie auch als theoretischer Teil zur Grundlegung eines Verständnisses von Öffentlichkeit und Digitalität beitragen soll. Willkommen sind insofern besonders Beiträge, die sich mit einem Vergleich von Öffentlichkeit vor und nach dem digitalen Wandel befassen und die Rolle von Interaktion und Kommunikation in öffentlichen und privaten Räumen thematisieren.

Schwerpunkt 3: Digitale Kommunikationskulturen

Der Begriff der Kommunikationskultur lässt sich auf vielerlei Aspekte anwenden, grundlegend sind damit jedoch Rollenverständnisse, Einstellungen und Verhaltensweisen im Zusammenspiel von Politik und Medien gegenüber der Öffentlichkeit in der politischen Kommunikation gemeint. In diesem Themenbereich gilt es den Veränderungen solcher Kulturen, etwa durch Kommerzialisierung, Professionalisierung, aber teilweise auch Deprofessionalisierung des Journalismus sowie durch anhaltenden ökonomischen Druck, denen JournalistInnen ausgesetzt sind, nachzuspüren. Die Digitalisierung wirkt hier als verursachender oder verstärkender Prozess und ist gleichzeitig auch erklärtes Ziel des Strebens und Arbeitens von JournalistInnen und politischen Akteuren. Im Fokus soll auch die Klärung der Frage stehen, ob sich durch digitale Plattformen und Kommunikationsweisen neue Kommunikationskulturen und damit verbundene neue Rollenverständnisse als eigene Lebenswelten und Interaktionszellen herausbilden oder „nur“ eine Replikation bereits bestehender kultureller Praktiken in anderen, nämlich digitalen, Zusammenhängen zu beobachten ist. Deshalb fragt dieser Schwerpunkt dezidiert nach vergleichenden empirischen Arbeiten zu Praxis und Kulturalität in diversen Zusammenhängen aus beiden Disziplinen. Wie verändert sich die Rolle traditioneller Medien im digitalen Zeitalter? Welche Interaktionsmuster entstehen zwischen Politik, traditionellen Medien und digitalen Medien und welche Konsequenzen haben sie? Bildet sich eine neue Kommunikationskultur heraus? Wie verändert sich Journalismus? Aus einer demokratisch-normativen Perspektive interessieren auch Beiträge, die die digitalisierte Kommunikationskultur daraufhin überprüfen, ob sie gegenüber den BürgerInnen nicht nur informiert, sondern auch an der Herstellung von Öffentlichkeit durch Repräsentanz und Themenvielfalt grundlegend mitwirkt.

Schwerpunkt 4: Partizipation digital

Wie verändert sich die Mitwirkung am politischen Prozess durch Digitalisierung? Welche Möglichkeiten und welche Risiken ergeben sich aus Sicht der Politik- wie Kommunikationswissenschaft mit Blick auf Beteiligung und Teilhabe von BürgerInnen, aber besonders zuvor Exkludierter? Finden gar neue Prozesse der steigenden und gesteigerten Ungleichheit und Spaltung statt, die ohnehin schon Abgehängte nachhaltig ausschließen? Insbesondere die letzte Frage ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt aus beiden wissenschaftlichen Perspektiven von hoher Bedeutung, liefern sie doch damit mögliche Erklärungsmuster, die eine Inklusionsperspektive zuvor Exkludierter eröffnen könnten. Insofern lädt dieser Themenschwerpunkt zu Beiträgen ein, die sich diesen und anderen Fragen aus einer interdisziplinären und gerne auch komparativen und übergreifenden Perspektive nähern. Aber auch Fallstudien und insbeson-

dere ethnografisch arbeitende Feldstudien, die sich der Mikroebene der Exklusion und Inklusion durch Digitalisierung widmen, sind in diesem Bereich sehr willkommen. Darüber hinaus sind in diesem Schwerpunkt Fragen der Partizipation und Teilhabe innerhalb bestehender Strukturen von Interesse, also bspw. an digitalen Bürgerhaushalten oder über Onlinebeteiligungsverfahren.

Schwerpunkt 5: Organisatorische Perspektiven – digitale Parteien, Regierungen, Interessenverbände und Verwaltung

Im Rahmen dieses Schwerpunkts soll gefragt und erörtert werden, welche Auswirkungen Digitalisierung und Digitalität auf das Agieren politischer Akteure und Institutionen zeitigen kann und zeitigt. Wie also wandeln sich etwa Parteien, Regierungen, NGOs, Verbände und andere politische Akteure durch die Digitalisierung und wie reagieren sie auf Digitalisierung? Wie gehen sie organisatorisch, kommunikativ und strategisch damit um? Gibt es überhaupt so etwas wie eine digitale Strategie der genannten Akteure im Hinblick auf entsprechende Veränderungen oder finden sich nur vereinzelt digitale Vorreiterprojekte in Organisationen, in deren strategischen Zentren die Digitalisierung bisher nicht verstanden oder nicht gewollt wird? Wo bestehen also Beharrungstendenzen gegenüber einem Wandel durch Digitalisierung und wo kann das kontraproduktiv sein? Welche Rolle spielen dabei wandlungsresistente Machtstrukturen? Im Rahmen dieses Themenschwerpunkts können neben solchen auch Fragen der E-Governance bzw. des E-Governments (etwa digitale Ausweisdokumente oder Smart Cities) als ein Teil der Digitalisierung von Institutionen behandelt werden und Fragen hinsichtlich der Digitalisierung der Verwaltung erörtert werden. Denn gerade letztere ist mit der Digitalisierung – zumindest in Deutschland – spätestens seit dem Koalitionsvertrag deutlich in die Pflicht genommen und aufgefordert, dezentrale und ortsunabhängige Bürgerservices zu ermöglichen.

Schwerpunkt 6: Methodologische Herausforderungen zur Erfassung digitalen Wandels

Die Definition und Erfassung von Digitalisierung als umfassender Transformationsprozess (Formwandel der Demokratie) betrifft nicht nur die dargestellten inhaltlichen Bereiche, sondern wirkt sich auch massiv auf die Art und Weise aus, wie wir als WissenschaftlerInnen arbeiten. Und zwar sowohl aus einer wissenschaftstheoretischen als auch methodologischen Perspektive. Denn inzwischen ist nicht einfach „nur“ der Computer unser Arbeitsmittel der Wahl. Zunehmend werden auch vernetzte und an *big data* anknüpfende, offene Forschungsansätze mit *open access repositories* und weiteren Tools zur besseren Nachvollziehbarkeit und Transparenz von Forschungsergebnissen relevant. Welche neuen methodischen Ansätze es zur Erhebung und Analyse von Big Data gibt es? Welche Herausforderungen an Datenmanagement, -archivierung und -distribution – auch zur Nachnutzung – ergeben sich aus derlei digitalisierten Erhebungs- und Analysemethoden? Was bedeutet das für einen ethischen Umgang mit Daten? Wie forschen wir digital?

Offenes Panel

Innovative Beiträge aus dem Bereich der Politischen Kommunikation oder Kommunikationspolitik abseits des Tagungsthemas können ebenfalls eingereicht werden. Die eingereichten Beiträge sollten sich durch eine besondere Relevanz oder einen speziellen Neuigkeitswert für die Forschung zur Politischen Kommunikation oder Kommunikationspolitik auszeichnen. Vorschläge für das offene Panel müssen speziell gekennzeichnet sein und werden gesondert begutachtet.

Einreichung der Beiträge

Vortragsvorschläge (für ca. 15-20 Minuten Präsentation) sind als aussagekräftige Extended Abstracts (800 bis 1.000 Wörter exklusive Literaturverzeichnis, Tabellen, Abbildungen und Titelblatt) mit Angabe des Schwerpunkts oder „Offenes Panel“ einzureichen. Abgabetermin für die Einreichung von Abstracts ist der **15. Oktober 2018**. Die Einreichung umfasst dabei zwei separate Dateien: Abstract und Titelblatt.

Bitte senden Sie Ihr Abstract als **Word-Datei (*.docx)** an folgende Email-Adresse:
polkomm2019@uni-due.de

Der Beitrag darf in dieser Form nicht bereits publiziert oder auf einer wissenschaftlichen Tagung präsentiert worden sein. Dieser Sachverhalt ist im eingereichten Textdokument ausdrücklich zu erklären. Für empirische Beiträge ist zu beachten, dass diese bereits eine Dokumentation der Ergebnisse und eine darauf basierende Diskussion im Abstract enthalten. Empirische Einreichungen, die lediglich eine Vorausschau auf erwartete, aber noch nicht vorliegende Befunde enthalten, werden nicht in den Begutachtungsprozess einbezogen.

Jegliche Angaben, die zu einer Identifizierung der Autorin/des Autors im Textdokument oder den Meta-Daten führen könnten, sind zu entfernen. Das dient der anonymisierten Begutachtung Ihrer Einreichung. Die Vorschläge werden per Double Blind Peer Review begutachtet. Für die Auswahl der Beiträge gelten die in der DVPW und DGPUK üblichen Kriterien: Bezug zum Tagungsthema, Güte der theoretischen Fundierung, Relevanz der Fragestellung, Relevanz der Ergebnisse, Angemessenheit der Vorgehensweise sowie Klarheit und Prägnanz der Darstellung.

Auswahl der Vorträge

Die Ergebnisse des Begutachtungsverfahrens werden bis Anfang Dezember 2018 bekannt gegeben. Danach haben die Vortragenden die Gelegenheit, Ihre Papiere in einer Entwurfsfassung, die als Basis der Vorträge dienen sollen, auszuarbeiten und bis zum **15.1.2019** an die lokalen Organisatoren zu übermitteln.

Die Tagungsorganisatoren behalten sich vor, bei der Auswahl der Beiträge auch die Gesamtkonzeption der Tagung zu berücksichtigen sowie einzelne Beiträge als „Invited Talks“ oder als Poster zu integrieren. Es ist geplant, positiv begutachtete Beiträge zum Tagungsthema in einem Tagungsband oder in einem Special Issue der [Zeitschrift für Politikwissenschaft \(ZPol\)](#) zu veröffentlichen.

Lokale Organisation

Dr. Isabelle Borucki isabelle.borucki@uni-due.de
Dennis Michels, M.A. dennis.michels@uni-due.de

Tagungswebsite: <http://nrwschool.de/polkomm2019> (noch im Aufbau begriffen)

Kontakte

FG Kommunikation und Politik (DGPUK)

Dr. Thomas Zerback thomas.zerback@ifkw.lmu.de
Prof. Dr. Julia Metag julia.metag@unifr.ch

AK Politik und Kommunikation (DVPW)

Dr. Isabelle Borucki isabelle.borucki@uni-due.de
Prof. Dr. Stefan Marschall stefan.marschall@uni-duesseldorf.de

FG Politische Kommunikation (SGKM)

Dr. Dorothee Arlt dorothee.arlt@ikmb.unibe.ch
Dr. Patrik Ettinger patrik.ettinger@foeq.uzh.ch